

3901/AB XXI.GP

Eingelangt am: 19.07.2002

BM für Justiz

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Johann Maier, Kolleginnen und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend "Diskriminierung von psychisch Kranken bei Reiseversicherungen" gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 bis 15:

Grundsätzlich muss vorausgeschickt werden, dass das Prinzip der Versicherung von einer Gefahrengemeinschaft ausgeht, die von der selben Gefahr bedroht ist. Im Konkreten geht es um Krankheiten, bei deren Eintritt die Versicherung die Stornogebühr für die Auflösung des Pauschalreisevertrages bezahlt. Dabei obliegt es zwar grundsätzlich den Unternehmern und der privatrechtlichen Vertragsgestaltung, wie diese Gefahrengemeinschaften gestaltet werden (und damit auch, welche Krankheiten oder Leiden nicht unter den Versicherungsschutz fallen). Da die Geschäftsbedingungen vom Reiseversicherer teilweise weitreichende Deckungsausschlüsse bei psychischen und neurologischen Erkrankungen vorsehen, die auch in ihrer Diktion nicht den Erkenntnissen der modernen Medizin und Psychologie entsprechen, wird diese Frage in den geplanten Gesprächen mit dem Versicherungsverband thematisiert werden. In diesem Zusammenhang ist auch auf die mit Wirksamkeit vom 1. April 2002 eingerichtete, weisungsfreie Finanzmarktaufsicht hinzuweisen, der es unter anderem obliegt, Verstöße gegen geltende Bestimmungen des Versicherungsrechtes aufzuzeigen und allfällige Missstände zu beseitigen. Dazu darf ich auf die Beantwortung der Anfrage zur Zahl 3918/J-NR/2002 durch den Bundesminister für Finanzen hinweisen.